

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Samstag und Sonntag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Brauner Welt“ und „Der Tag und die Nacht“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 30.— Mk., im voraus zahlbar. Auch die Post bezogen 32.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifen bezogen für Deutschland, Längs, das Saar- und Rheingebiet sowie die Gebiete des Ost- und Westpreussens und Danzig 30.— Mk., für das übrige Ausland 37.— Mk.

Die werbungsbehaftete Konzeptionsstelle oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 6.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Bernsprecher Zentrum 152 30—152 30

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stinnes-„Gutachter“

Zur Privatisierung der Eisenbahnen.
Von Wilhelm Thurnau-Berlin.

Der Verfasser gehört zu den gemäßigtesten Führern der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter und ist selber lange Jahre Beamter im Eisenbahndienst gewesen. Er geht in seinen Darlegungen Punkt für Punkt dem „Gutachten“ der Stinneskommission nach und entlarvt es als Schwindel und Volksbetrug. Damit liefert er allen unseren agitatorisch tätigen Genossen gegen die drohende Stinnesierung der Eisenbahnen vorzügliches Material, das wir ihrer aufmerksamen Beachtung empfehlen.
Die Redaktion der „Freiheit“.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich an sogenannte „Sachverständige“ gewandt und von ihnen ein Gutachten eingefordert, wie der Eisenbahnbetrieb wieder saniert werden könnte. Interessant ist nun, daß von diesen fünf „Sachverständigen“ vier dem früheren Verwaltungsrat der Eisenbahn angehört haben. Unter ihnen befindet sich der faßsam bekannte Reichstagsabgeordnete der Stinnes-Partei, Dr. Quast. Ein anderer „Sachverständiger“ ist der frühere Eisenbahndirektionspräsident von Schaeben, der dadurch charakterisiert wird, daß er seinerzeit Generaldirektor der „Phönix“-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb war. Ein dritter „Sachverständiger“, Martin, war früher Vorsitzender der Direktion der Linke-Hofmann-Werke in Breslau. Bei dieser Vergangenheit der Herren Sachverständigen stimmt es heiter, daß sie im Vorwort zu ihrem sogenannten Gutachten glauben erklären zu müssen, mit der Übernahme ihres Gutachtens eine im allgemeinen Interesse liegende Aufgabe zu erfüllen. Großindustrie und allgemeines Interesse!

Das „Gutachten“ erklärt, daß es während des Krieges den deutschen Staatsbahnen trotz der alles Dagewesene übersteigenden militärischen Beanspruchung mit der dadurch notwendigen künstlichen Zurückdrängung des Zivilverkehrs gelungen sei, ihre Finanzen leidlich in Ordnung zu halten. Triumphierend weist man darauf hin, daß in den Jahren 1915 und 1916 die Ausgaben etwa 12 v. H. der Bruttoeinnahmen betragen, daß also ein ganz normales Verhältnis bestanden hat, daß dagegen im Jahre 1917 die Betriebszahl auf die ungewöhnliche Höhe von 82 v. H. stieg, daß aber erst mit dem allgemeinen Zusammenbruch des Jahres 1918 auch der finanzielle Zusammenbruch der Eisenbahnverwaltung eingetreten sei. Nach dem Urteil dieser sogenannten Sachverständigen soll die verhängnisvolle Entwicklung der Finanzen darauf beruhen, daß die Verkehrsleistungen der Eisenbahn, die während der Kriegsjahre in dem einheimischen Reich infolge Ausdehnung des Kriegsschauplatzes stark zurückgegangen waren, nach dem Zusammenbruch „aus anderen Gründen“ bedeutend weiter sanken. Das Gutachten verschweigt schamig, auf welche andere Gründe die verhängnisvolle Entwicklung der Finanzen zurückzuführen werden muß. Es scheint sich sogar nicht, die angebliche Feststellung zu treffen, daß dieses Sinken der Finanzen auf ein Sinken des Leistungsgrades des Personals zurückzuführen werden muß, d. h. also, daß die „Haulheit“ des Personals schuld an diesem Sinken der Finanzen der Eisenbahnverwaltung sei. Die Herren „Sachverständigen“ scheinen vollkommen vergessen zu haben, daß die Eisenbahn bis zum Zusammenbruch im Jahre 1918 wie alle anderen Staatsbetriebe auch einen vollkommenen Neubau mit ihrem Personal sowohl, wie auch mit den Anlagen der Verwaltung selbst, getrieben hat, einen Neubau der notwendigerweise zum Zusammenbruch führen mußte.

Für die Unparteilichkeit der Sachverständigen ist bezeichnend, daß man als eine Folge der angeblichen „Haulheit“ des Personals glaubt, die tägliche Wagenstellungsziffer in einzelnen Jahren, die naturgemäß immer mehr sinken mußte, anführen zu können. Es sei deshalb die Frage gestattet, ob den Herren nicht bekannt gewesen ist, daß auf Grund des allgemeinen Zusammenbruchs im Jahre 1918 der gesamte rollende Wagenpark

Auf zur Maifeier!

An die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins!

Angestellte! Beamte! Arbeiter!

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit! An diesem Tage demonstriert die werktätige Bevölkerung der ganzen Welt für den

Achtstundentag, Völkerfrieden und Arbeiterschutz.

Die würdigste Form dieser Demonstration ist die Arbeitsruhe. Jeder Angestellte, Beamte und Arbeiter hat deshalb die Pflicht, an diesem Tag dem Kapital zum Trotz die Arbeit ruhen zu lassen und an der Kundgebung teilzunehmen.

Die wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeitnehmer Groß-Berlins, Gewerkschaftskommission und Ortskartell des IFA-Bundes, rufen euch darum noch einmal auf, die Demonstration, die im Lustgarten stattfindet, zu einer dem Weltproletariat würdigen und machtvollen zu gestalten als Protest gegen Reaktion und Kapitalismus, für Völkerfriede und wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des arbeitenden Volkes.

Die Kundgebung beginnt pünktlich 11 Uhr vormittags. Alle Organisationen, die mit ihren Teilnehmern in geschlossenen Zügen aufmarschieren, müssen sich so einrichten, daß sie pünktlich um diese Zeit an Ort und Stelle sind.

Außer den Musik-, Gesangs- und Sprechchor-Vorträgen werden folgende Redner der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprachen halten:

Dudegeest-Amsterdam, Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Bahke, Beyer, Breuer, Publik, Burde, Crispian, Dittmann, Fries, Fröhlich, Sellmann, Geske, Gekert, Gehhold, Gähler, Künstler, Kuttner, Lüdemann, Dr. Wosch, Piek, Polente, Schneider.

Arbeiter! Angestellte und Beamte! Folgt unserem Ruf und beteiligt euch einmütig und geschlossen an dieser internationalen Kundgebung des Weltproletariats!

IFA-Bund,
Ortskartell Groß-Berlin.
Platau, Otto, Rogatz.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission
Berlins und Umgegend.
Sabath, Solmerhaus.

in den besetzten Gebieten, in Estland, Kurland, Livland, Polen, der Ukraine, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Serbien, Türkei, in Belgien und Nordfrankreich zurückgelassen werden mußte und daß das übrigbleibende rollende Material der Eisenbahnverwaltung nicht viel mehr als altes Eisen war. Der Waffenstillstandsvertrag nahm uns von diesem alten Material noch 150 000 Wagen nebst 5000 der besten Lokomotiven. Betrachtet man diese Zahlen, dann wird man die Tendenz dieser sogenannten Denkschrift als eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit durch die Sachverständigenkommission ansprechen müssen.

Die Zahl der Lokomotiven, die nach der Denkschrift fortgesetzt weiter gestiegen ist, ist genau so zu bewerten, da es mit den Lokomotiven nach dem Zusammenbruch wenn möglich noch schlimmer ausah als mit den Wagen. Der Deffenlichkeit jedenfalls — aber nicht den „Sachverständigen“ — ist sehr genau bekannt, daß auf Grund des Hindenburgprogramms aus den Lokomotiven die kupfernen Feuerbüchsen herausgenommen werden mußten, daß alle Sparmetalle von denselben entfernt wurden, und daß dadurch die Lokomotiven derart heruntergewirtschaftet wurden, daß nach dem Kriege bis in die Jetztzeit hinein weite Kreise der Privatindustrie zur Reparatur der Lokomotiven herangezogen werden mußten. Die Lokomotiven sind wohl da, aber nicht betriebsfähig, und darauf kommt es doch letzten Endes an. Interessant ist, daß die Denkschrift vollkommen verschweigt, welche Zahl von Lokomotiven, die auf dem Papier der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stehen, sich in den Werkstätten der Eisenbahnverwaltung wie der Privatindustrie befanden und noch jetzt befinden und wie lange sie aus Mangel an technischen Einrichtungen noch dort verbleiben müssen.

Wenn die Denkschrift darauf hinweist, daß der Ausbesserungsstand der Lokomotiven im Frieden 19 v. H. betrug, in der Nachkriegszeit auf über 40 v. H. gestiegen ist, vor dem Streik bis auf 98 v. H. sinken konnte, nach dem Eisenbahnstreik dagegen dem Vernehmen nach sich wieder wesentlich erhöht haben soll, so stimme ich mit den Sachverständigen bezüglich des

letzten Punktes vollkommen überein. Der Ausbesserungsstand der Lokomotiven ist nach dem Streik tatsächlich wesentlich gestiegen, und zwar deshalb, weil während des Streiks die staatliche Streikbrecherorganisation — genannt Technische Rothhilfe — derart viel Lokomotiven dienstunbrauchbar gemacht hat, daß sie monatelang dem Verkehr entzogen bleiben mußten, wofür die Reichseisenbahnverwaltung Millionen und Abermillionen Reparaturkosten wird zahlen müssen. Beachtlich ist hierbei auch, daß während des Krieges die so notwendig gebrauchten Werkzeugmaschinen aus den bahneigenen Anlagen in die besetzten Gebiete überführt wurden und daß auch diese Maschinen infolge des militärischen Zusammenbruchs in diesen Gebieten blieben, daß aus diesem Grunde die Werkstätten nach der Revolution so gut wie überhaupt nicht betriebsfähig waren. Die Anschaffung der neuen Werkzeugmaschinen und des Handwerkszeugs hat die Verwaltung ein Riesengeld gekostet, das restlos der Großindustrie zugeflossen ist. Triumphierend weist die Denkschrift darauf hin, daß der Kohlenverbrauch der Lokomotiven auf 1000 Kilometer von 14 To. im Frieden auf 22½ To. im Kriege und 19½ To. im Jahre 1920 gestiegen ist, vergißt aber dabei die sinkende Qualität der Kohle zu betonen. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Lokomotiven zum Teil aus Rohlenmangel mit Koks feuerten, was den Reparaturbestand noch weiter wesentlich ungünstig beeinflussen mußte.

Die Denkschrift glaubt weiterhin feststellen zu können, daß, trotzdem das Personal in der Eisenbahnverwaltung wesentlich vermehrt worden ist, diese Vermehrung in den Leistungen des Personals nicht zur Geltung gekommen ist. Jeder Streckenarbeiter weiß, daß im Eisenbahnbetriebe tatsächlich zu viel Personal vorhanden ist, aber nicht etwa an denselben Stellen, wo es gebraucht wird wie in den Werkstätten der Bahnunterhaltung, dem Betrieb und Verkehr, sondern daß viel zu viel Personal von dem ungeheuren Bürokratenapparat absorbiert wird. Überall kann man erleben, daß Güterzüge stundenlang nicht ausrausiert

werden können, weil entweder zu wenig Personal vorhanden ist, oder die Betriebsanlagen nicht ausreichen, daß dagegen andererseits das Ministerium sowohl wie auch die Direktionen und Kemter fortgesetzt neue Gebäude mit Beschlag belegen müssen, um den Bürokratenapparat unterbringen zu können. Die Eisenbahnverwaltung erstickt nicht daran, daß das Betriebs- und Verkehrspersonal nicht arbeitet, sondern daran, daß die Leistungen des Verkehrspersonal durch den Bürokratenapparat vollkommen aufgezehrt werden.

Geradezu erheiternd wirkt die Feststellung der Denkschrift, daß die Ursachen der Verlustwirtschaft im wesentlichen auch auf das zu späte Einsetzen von Tarifierhöhungen zurückgeführt werden müsse. Diefelbe Großindustrie, die während des Krieges alle ihre Erzeugnisse für die Heeresverwaltung als Militärdienstgut gratisfrei hat befördern können und die jede Tarifierhöhung bis heute hintenan gehalten hat; dieselbe Großindustrie, die durch das Niedrighalten der Tarife ungeheure Gewinne verbuchen konnte, schreit jetzt über das zu späte Einsetzen von Tarifierhöhungen. Man sieht aber sofort, wo die Herren Sachverständigen hinwollen, wenn sie sagen, daß die Wiederherstellung der Betriebsmittel zum Teil durch die Folgen der Staatsumwälzung, den Fortfall des Gedingelohns, die Einführung des Achtstundentages und dergl. hintenan gehalten worden ist. Durch das ganze angebliche „Gutachten“ zieht sich wie ein roter Faden der Abscheu vor der Staatsumwälzung und der hierdurch bedingten Fortschritte.

(Schluß folgt.)

„Gefälschte“ Akten

Die Kriegsschuldfrage vor Gericht

(Drahtbericht unseres Korrespondenten)

München, 27. April.

Letzten Endes bedarf jede Herrschaftsform, sei sie nun brutale Autokratie oder die demokratische Republik des allgemeinen Stimmrechts, der moralischen Rechtfertigung, und sei es auch nur der moralische Schein, der die wahren Tatsachen der Politik zu verhüllen hat. Dieser moralische Schein oder die moralische Rechtfertigung sind um so nötiger, wenn ein Herrschaftssystem wie das deutsche während des Krieges einen effatanten Mißerfolg gegenüber den westlichen Demokratien davongetragen hat.

Das Bestreben der Träger des alten deutschen Obrigkeitsstaates, der in seinen Grundfesten noch steht, geht daher darauf aus, die Ursachen der deutschen Niederlage in allem anderen, nur nicht in der eigenen Unzulänglichkeit zu suchen. Daher bestehen für die alten deutschen Herrscherklassen, die alldentschen Militaristen und Junker keine eigenen Verantwortlichkeiten. Daß der Erfolg ausblieb, verdanken wir den Verrätern der „Landesverräter“ im Lande. Daß der Krieg kam, den „teufelischen“ Machenschaften der Ententestatsmänner. Ist dem deutschen Volke beides klar geworden, dann ist es wieder reif für die Herrschaft der alten deutschen Herrscherklassen, was diese als nationale Befreiung bezeichnen.

Ein bevorzugtes Mittel der Alldentschen, die eigene Schuld zu verunsichern und die der anderen zu beweisen, ist die angebliche Fälschung, die Eisner bzw. sein Sekretär Fehrenbach durch die auszugswise Wiedergabe eines Berichtes von Schön, des bayerischen Gefandtschaftsvertreter in Berlin, begangen haben sollen. Im Juli 1921 hatte denn auch der Münchener Professor Dr. Alexander von Müller in den „Süddeutschen Monatsheften“ den Vorwurf der wissenschaftlichen Fälschung gegen den Genossen Fehrenbach erhoben.

Die gerichtliche Austragung der Privatklage des Genossen Fehrenbach hat heute vor dem Amtsgerichte München I in der An begonnen. Als Rechtsbeistand für Fehrenbach fungiert der Münchener Rechtsanwalt Dr. Philipp Büwensfeld, für die Gegenpartei die Rechtsanwälte Dr. Graf von Pestalozza, Dr. Pflaum und Dr. Warmuth. Das Aufgebot von in- und ausländischen Pressevertretern beweist, welch großes Interesse der Prozeß erweckt. Die Kreise um die „Süddeutschen Monatshefte“ des Professors Cohnmann haben einen umfangreichen Apparat aufgebaut. Es sind eine Menge der namhaftesten Zeugen geladen, die über die entscheidende Frage gehört werden sollen, so Kurt Lichnowsky, Professor DeLbrück, Graf von Angelas, Professor Luidde, Rudolf Dreifeld u. a. Den Vorsitz führt in der Verhandlung Amtsgerichtsrat Frank.

Die Prozeßverhandlung hat sofort mit einer Riesenslamme des Anklägers in Berlin, des „Zentralindivids“, wie es bei Eckardtstein heißt, begonnen. Dort tummeln sich in Abwesenheit des Außenministers Rathenau die Kleinen Größen der alten Geheimratskamarilla, die es abgelehnt hat, die Herren Lichnowsky, Brockdorff-Rantzau und von Helldorf vom Dienstgeheimnis zu entbinden. Selbst die „München-Augsburger Abendzeitung“ hat ein Gefühl für die persönliche Dummheit der Berliner Geheimräte. Sie verlangt, daß das „Zentralindivids“ von der Wahrung des Amtsgeheimnisses ablasse. Es handelt sich ja auch um Fragen, die gar nichts mit dem Berliner Dienstgeheimnis zu tun haben.

Recht sicher scheint die Cohnmann-Partei ihrer Sache nicht zu sein; in den deutschnationalen M. A. N. wird schon von vornherein angegeben, daß die sogenannte Namensfälschung des Genossen Eisner „später“ berichtigt worden sei. Ein Gefühl haben alle: Es handelt sich um keine deutsche Angelegenheit, die Augen der ganzen Welt sind auf das kleine Amtsgericht in der Münchener Vorstadt fix gerichtet. Darin hat die deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung“ recht.

Im weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung kam ein langes Dokument über die Kriegsentstehung zur Verlesung, über das sich die Sachverständigen morgen äußern werden.

Agrarische Liebesfähigkeit

Der Hauptausschuß des Allgäuer Bauernverbandes hat sich bereit erklärt, die Milchverbilligung zu vertreten und zu fördern, soweit es in seinen Kräften steht, verlangt aber als Gegenleistung die vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft schon in kürzester Zeit. Ferner fordert der Hauptausschuß eine Amnestie für diejenigen Landwirte, die wegen Vorkriegsfordernungen und dergleichen mit Strafen belegt worden sind. Die „Münchener Post“ stellt fest, daß der Bauernverband einen Preis von 10 Mark für den Liter erstrebt. Davon wollen die Agrarier einen Liebesgabenrabatt von einigen Prozenten an die Minderbemittelten abgeben. Sie alselchen dem gewerkschaftlichen Führer, der Sonntags beim Kirchgang einige Kupfermünzen (oder Hosenknöpfe) in den Opferstock wirft, um seine unsterbliche Seele vor dem Teufel zu bewahren.

Gegen die Schulreaktion in Preußen

Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtage hat folgende große Anfrage eingereicht: „Das Provinzialschulkollegium in Berlin hat zwölf von den Bezirksämtern zu Rektoren gewählten Lehrpersonen ohne Angabe von Gründen die Verhütung verweigert. Ist dem Staatsministerium die Tatsache bekannt? Willigt es das Verfahren des Provinzialschulkollegiums? Ist es bereit, in eine Nachprüfung einzutreten, um eine sachgemäße Entscheidung herbeizuführen?“

Rachejustiz

Eine lehrreiche Prozesgeschichte

Am 12. Juli 1919, dem Tage vor der Beisehung Rosa Luxemburgs, beschloffen die Arbeiter von Grenchen, einem kleinen thüringischen Landstädtchen, der toten Führerin durch Hissen der Rorumbühnen roten Fahne auf dem Rathaus eine letzte Ehrung zu erweisen. Eine Veriretung der Arbeiter forderte und erhielt den Schlüssel zum Rathaus zum Aufhängen der roten Fahne an. Wegen eines gerade aufsteigenden Unwetters beschloß man, den schwarzen Flor erst am nächsten Morgen um die Fahne zu legen, und die Arbeiter jagten daher dem Schlüsselbewahrer: Morgen kommen wir wieder, um den Flor anzubringen. Diese Mitteilung gab den Anlaß, einen Ueberfall auf den Genossen vorzubereiten, der kommen würde, um den schwarzen Flor an der Fahne zu befestigen.

Mit der Behauptung, die Spartakisten wollten das Rathaus stürmen, wurden die ehrenwertesten Bürger der Stadt angeboten, um dem mit dem Trauerflor kommenden Genossen einen freundlichen Empfang zu bereiten. Ein schon wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestrafter Pferdehändler und seine beiden Koppelknechte erschienen an den Hissern im Rathaus, bewaffnet mit Stöcken und Laten und auch mit einem bissigen Hund. Der Pferdehändler wurde im Polizeizimmer selbst, seine beiden Spießgesellen wurden im Vorraum verhaftet. Nichts ahnend betrat der Genosse Haberkorn, um den Schlüssel zu holen, das Polizeizimmer, und sofort erhielt er von dem Pferdehändler einen Schlag, daß er zusammenbrach und einen Stroh, daß er zur Türe hinausflog und den beiden Koppelknechten vor die Füße. Haberkorn wurde von einer Anzahl zum Teil unbekannt gebliebener Männer geschlagen, getreten und schließlich von dem Hunde sogar gebissen. Dann nötigte ihn das rohe Gesindel, noch unter ständigen Schlägen die Turmreppe hinaufzusteigen, um die rote Fahne abzunehmen. Dies das Erlebnis eines Genossen, der voll Trauer im Herzen in Erfüllung einer Pietätspflicht ein Zeichen der Trauer anbringen wollte!

Natürlich wurde gegen die rohen Täter Strafanzeige erstattet, und zwar gegen den Pferdehändler und seine beiden Helfer und gegen zwei Polizeibeamte, die in den Verdacht gerieten, sich an der Schlägerei beteiligt zu haben. Lange hörte man nichts von einem Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen die am Ueberfall Beteiligten. Haberkorn wurde in dieser Zeit von den brutalen Schlägern gefürchtet. Man wollte sein Zeugnis unglaubwürdig machen und sich für die Anzeige an ihm rächen. So griff man auf längst vergangene Geschichten zurück, und statt einer Anklage gegen die Haupttäter wurde eine Anklage gegen Haberkorn erhoben. Es wurde plötzlich „entdeckt“, daß er vor nunmehr zwei Jahren auf einem Frachtbrief den Betrag des Vorkrieges von 10 Pf. auf 20 Pf. erhöht haben sollte — also schwere Urkundenfälschung, um widerrechtlich 10 Pf. zu erlangen. Es wurde ferner „festgestellt“, daß er vor jetzt 4 Jahren ein ihm nicht gehörendes Faß Bier im Werte von 8—10 M. (!!!) verkauft hatte — also Unterschlagung! Es wurde „ermittelt“, daß er vor drei Jahren in der Redaktion eines reaktionären Blattes erschienen war, und gedroht hatte, das Haus in die Luft stecken zu lassen, — also Rötungsverjud.

Haberkorn mußte sich wegen dieser Verbrechen am 21. Dezember 1919 vor der Strafkammer in Sonderhausen verantworten. Das Ergebnis war: es wurde zwar in bezug auf die Unterschlagung das Verfahren auf Grund der Amnestie eingestellt, dagegen wurde wegen der Urkundenfälschung zwecks Erlangung von 10 Pfennigen eine Gefängnisstrafe von einer Woche und wegen der verfluchten Rötung eine solche von zehn Tagen, zusammen eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen festgesetzt. Dies war der erste Nachhall der Reaktion.

Schließlich mußte die Staatsanwaltschaft auch gegen die am Ueberfall beteiligten Personen vorgehen. Endlich am 21. Februar 1920 stand Termin vor der Strafkammer in Sonderhausen an. Der Polizeibeamte wurde freigesprochen, obwohl Haberkorn ihn als Mittäter bezeichnet hatte. Der Pferdehändler wurde zu einem Monat und seine beiden Gesellen zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Letztere erhielten also wegen der rohen Mißhandlung gerade dieselbe Strafe wie Haberkorn wegen der rechtswidrigen Zueignung von 10 Pfennigen! Dabei mußte selbst die Strafkammer nicht nur die Vorstrafe des Pferdehändlers wegen Körperverletzung, sondern auch die besondere Rohheit aller Angeklagten feststellen, die ja zu dreien auf den Wehrlosen eingeschlagen hatten. Bezeichnenderweise wurde die Milde der Strafe damit begründet, daß Haberkorn durch das Hissen der roten Fahne weitere Kreise der Einwohner in Erregung gebracht hatte.

Man hätte annehmen können, daß die Reaktion mit der Verurteilung Haberkorns und mit der milden Behandlung seiner rohen Rampune hätte zufrieden sein können. Aber weit gefehlt! Die Reaktion kennt keine Rücksicht im Kampf gegen klassenbewußte Arbeiter. Sie verfolgt ihre Opfer ungnädig. Und so erlebten wir, daß Haberkorn jetzt auch noch wegen Weineid angeklagt wurde, weil er in der Verhandlung gegen seine Feinde unter Eid angegebener hatte, daß auch zwei Polizeibeamte sich an der Schlägerei beteiligt hätten. In den letzten Tagen fand die Verhandlung vor der Strafkammer in Sonderhausen statt, und Haberkorn mußte sich wirklich wegen Weineid verantworten. Es sollte nicht viel und Haberkorn wäre verurteilt worden. Nur durch das Eingreifen des als Verteidiger erschienenen Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, nahm die Sache eine andere Wendung. Durch das Kreuzverhör, in das er die Zeugen nahm, genötigt, mußte der eine von den Polizeibeamten zugeben, daß er den am Boden liegenden Haberkorn angefaßt habe, aber natürlich nur, um den Hund, der Haberkorn schon geküßt hatte, von diesem loszureißen. Der Verteidiger machte

geltend, daß Haberkorn in der höchsten Aufregung gewesen sein muß und daß er, wenn wirklich die beiden Polizeibeamten nicht zugeklagen haben, doch annehmen konnte, sie seien beteiligt gewesen. Daraufhin wurde Haberkorn freigesprochen.

Ihr letztes Ziel, die Verurteilung unseres Genossen wegen Weineides, hat also die Reaktion denn doch nicht erreicht. Aber der Prozeß zeigt doch wieder, daß die Reaktion alle Mittel dienen müssen, und daß die Arbeiterschaft in der brennendsten Republik der Welt Verfolgungen ausgesetzt ist, wie sie schlimmer und rücksichtsloser auch nicht in der Monarchie stattgefunden. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft aus dieser Prozesgeschichte die nötigen Folgerungen.

Der überflüssige Staatsrat

Alle bürgerlichen Vertreter für erhöhte Machtbefugnisse

Der preussische Staatsrat hatte am Donnerstag schon zu 10 Uhr vormittags seine Plenarsitzung anberaumt, weil die große Ansprache über die staatsrechtliche Stellung des Staatsrats stattfinden sollte. Der erste Berichterstatter über die Frage, der Freiherr von Freytag-Loringhoven begründete einen Antrag der Mehrheit des Verfassungsausschusses, der eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes in dreifacher Richtung verlangte: 1. über die Verpflichtung der Staatsregierung den Staatsrat über die Führung der Staatsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten. Eine Information lediglich zu dem Zwecke, daß der Staatsrat seine Aufgaben erfüllen könne, genüge nicht. Es handelte sich vielmehr um ein selbstverständliches Recht des Staatsrates und eine selbstverständliche Pflicht der Regierung, 2. darüber, ob Gesetze, die vom preussischen Landtag beschlossen wurden, gültig sind, wenn die entsprechenden Vorlagen dem Staatsrat nicht zur Begutachtung vorgelegt worden sind; 3. ob auch Verordnungen, die auf Grund des Artikels 55 der Verfassung von dem Staatsministerium erlassen werden, der vorherigen Begutachtung, bzw. nachherigen Genehmigung durch den Staatsrat bedürften.

Der Berichterstatter Loringhoven betonte, daß es Niemandens Absicht sei, für den Staatsrat eine Stellung anzumahnen, die ihm nach der Verfassung nicht zukomme. Aber seine verfassungsmäßige Stellung in der Gesetzgebung neben dem Landtag müsse anerkannt und dem Staatsrat angebilligt werden.

Für die Minderheit des Verfassungsausschusses, die sich gegen den Antrag der Mehrheit wendete, berichtete Mehlis (SPD.). Er sieht in dem Staatsrat lediglich eine Veriretung der Provinzen, die auf die in dem Antrage jutage tretenden Forderungen keinen Anspruch habe. Wohl seien bei der Beratung der Verfassung in der preussischen Landesversammlung Befreiungen jutage getreten, die eine größere Machtstellung des Staatsrates forderten, aber diese Befreiungen hätten sich nicht durchsetzen können.

Für die Regierung sprach Staatssekretär Dr. Freund, der erklärte, daß die unter Ziffer 1 des Antrages behandelte Materie, Information des Staatsrats durch das Staatsministerium, eine administrative und keine rechtliche Frage sei. Der Staatsgerichtshof könne in dieser Frage keine Entscheidung fällen. Die Regierung erkenne die verfassungsmäßige Informationspflicht an und sei gewillt, sie wie bisher zu erfüllen. Die Frage unter Ziffer 2 des Antrages nach der Gültigkeit von Gesetzen, die dem Staatsrat nicht zur Begutachtung vorgelegt worden sind, sei allerdings zweifelhaft und die Regierung akzeptiere diesen Teil des Antrages, um eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes in dieser Frage herbeizuführen. Dagegen lehne die Regierung den 3. Teil des Antrages, der eine Vorlegung auch aller Rechtsverordnungen an den Staatsrat verlange, ab.

Für unsere Fraktion sprach der Genosse Dr. Weinberg. Er brachte zum Ausdruck, daß wir die ungeklärte und unheilbare staatsrechtliche Stellung des Staatsrats schon öfter hervorgehoben und deswegen auch schon seine Aufhebung beantragt hätten. Diesen Antrag habe man abgelehnt und man wolle jetzt versuchen, den Staatsgerichtshof zu einer Entscheidung über diese Stellung veranlassen. Juristisch seien die drei Forderungen des Antrages wohl zu bewerten, daß sie kaum geeignet seien, den Staatsgerichtshof als Rechtsfragen unterbreitet zu werden. Bei der Begründung des Antrages durch den Freiherrn von Loringhoven sei ihm besonders der Eifer aufgefallen, den er für die Erfüllung der Verfassungsbestimmung kundgegeben habe. Es hielt doch sonst, daß gerade der Freiherr Loringhoven die Gültigkeit der Verfassung überhaupt bestreite (Herr Loringhoven stellt das durch Zuruf als nicht richtig hin). Unsere Meinung sei noch wie vor, daß der Staatsrat ein verunglücktes Experiment darstelle, und wir hätten keine Veranlassung durch Annahme des Antrages auch noch den Staatsgerichtshof mit diesem Geblöde zu behelligen. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

Nach dem Genossen Dr. Weinberg sprachen noch vom Zentrum Dr. Adenauer, von der Rechten Dr. Wesensfeld und von den „Demokraten“ Oberbürgermeister Böhm-Berlin. Alle drei Redner stellten sich auf den Boden der Begründung von Loringhoven. Adenauer suchte den Staatssekretär Dr. Freund zu bestimmten Erklärungen zu veranlassen, was aber nicht gelang. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Anrufung des Staatsgerichtshofes mit allen bürgerlichen gegen die sozialistischen Stimmen angenommen.

Außer diesen tatsächlichen Fragen hatte der Staatsrat noch eine Reihe anderer Vorlagen zu erledigen. Den von sämtlichen bürgerlichen Parteien gestellten Antrag, daß die preussische Staatsregierung die Initiative ergreife zur Aufhebung des seinerzeit gegebenen Altersgrenzengesetzes. Nach diesem Gesetz müssen Beamte, die das 65. bzw. 66. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand versetzt werden. Genosse Weinberg wendet sich gegen den Antrag. Es sei gerade aus politischen Gründen entscheidend, die alten monarchistisch gesinnten Beamten aus ihren Ämtern zu entfernen. Der Antrag wurde mit den bürgerlichen gegen die sozialistischen Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung des Staatsrats findet am 16. Mai statt.

In Sachsen wird am 1. Mai geklärt. Die „Tägliche Rundschau“ teilt schmerzzerfüllt mit, der sächsische Ministerpräsident hätte angeordnet, daß die Dienstgebäude und die Schulen am 1. Mai beslagelt werden müssen. Da werden die Patrioten die Trauerschleifen aufziehen.

Exporthandelskongreß in Brüssel. Ende dieses Monats wird in Brüssel ein internationaler Kongreß für Exporthandel eröffnet werden.

Russland und Genua

(Sonderbericht des „Jutel“)

Genua, 27. April.

Die für heute anberaumte Sitzung der einladenden Mächte, der Neutralen und der Kleinen Entente, die das Memorandum an die russische Delegation entwerfen sollte, ist auf morgen vertagt worden. Eine Aenderung in den russischen Verhandlungen ist bisher nicht eingetreten. Heute fanden lediglich Besprechungen zwischen Lloyd George, Barthou, Schanzer und Jaspard statt, in denen der Entwurf diskutiert wurde, der in der morgigen Sitzung behandelt werden soll. Auf italienischer Seite wird erklärt, das Memorandum werde weder nach Form noch nach Inhalt den Charakter eines Ultimatum tragen, doch läßt der Nachsatz, man werde den Russen nicht mehr gestatten, Ausflüchte zu machen und von ihnen sofortige und präzise Beantwortung aller Fragen verlangen, darauf schließen, daß diesem Memorandum dennoch die Bedeutung eines Ultimatum beizumessen ist.

Von russischer Seite wird eine Erklärung verbreitet, in der es heißt: „Die russische Delegation hat seit der Sitzung der Experten, in der die russische Delegation ihre Gegenanschläge vorlegte, keinerlei Nachricht über die Haltung, die die Mächte einzunehmen gedenken, erhalten. Die russische Delegation hegt durchaus nicht den Wunsch, einen Abbruch der Verhandlungen herbeizuführen. Aber sie will das Prinzip der Aufrechterhaltung der Souveränitätsrechte und der Gegenseitigkeit, die die ausschließliche Basis für die Beziehungen zwischen den Völkern und den wirtschaftlichen Wiederaufbau sein können, und die den fundamentalen Grundgedanken der Resolutionen von Cannes bilden, gewahrt wissen.“

Ein englisches Dementi

London, 27. April.

Eine Anfrage des Vertreters des WTB an hiesiger amtlicher Stelle hat ergeben, daß im Gegensatz zu der hier verbreiteten Meldung, die britische Regierung verfüge über offizielle Informationen, daß zwischen Deutschland und Russland Verhandlungen zwecks Abschluß einer umfassenden politischen und militärischen Vereinbarung im Gange seien, an amtlicher Stelle nicht das Geringste von derartigen Verhandlungen bekannt ist.

Lloyd Georges Torpedo

Paris, 27. April.

„Temps“ nennt den Vorschlag Lloyd Georges, einen Obersten Rat der Alliierten nach Genua zusammenzuberufen, ein Torpedo.

Um die Reparationsfrage

(S.) London, 27. April.

Reuter erfährt, daß man es in gut unterrichteten Kreisen in London für wahrscheinlich hält, daß eine Zusammenkunft des Obersten Rates in Genua gegen Ende der nächsten Woche stattfinden werde, um die Lage zu erwägen, die aus der Haltung Deutschlands gegenüber der Reparationsfrage entspringt.

(P. P. N.) Köln, 26. April.

Der „Stolte Belge“ glaubt mitteilen zu können, daß sich die einzuführende internationale Sachverständigenkommission, die die Reparationskommission bilden werde, um eine Anleihe von 20 bis 25 Milliarden Goldmark bemühen werden.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

London, 27. April.

Manche Guardian berichtet aus Genua, es würden Anstrengungen gemacht, um Deutschland zu veranlassen, vor der Septemberversammlung der Völkerbundsversammlung um Aufnahme in den Völkerbund nachzusuchen.

Blutige Kämpfe in Irland

London, 27. April.

Post Mail and Globe meldet, daß Telegrammen aus Irland zufolge der erwartete Zusammenstoß der Truppen des irischen Freistaates und Irregulären in Mullingar (Provinz Leinster) erfolgte. Die Schlacht in den Straßen der Stadt dauerte zwei Stunden. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Die Einwohner sind von Panik ergriffen. Alle Türen sind geschlossen.

Irische Arbeiter gegen den Bürgerkrieg

(D.A.) Dublin, 27. April.

Um die beiden streitenden Parteien Südirlands, die Anhänger De Valeras und die Parteigänger Griffiths, zu zwingen, endlich mit den Feindsellaketen und dem Blutvergießen aufzuhören, hatte die Arbeiterpartei Irlands einen 24 stündigen Generalstreik im ganzen Gebiete des irischen Freistaates proklamiert, der, rigoros durchgeführt, mit einem prompten Erfolg endigte. 24 Stunden lang war ganz Südirland von der Außenwelt abgeschnitten. Alle telephonischen und telegraphischen Verbindungen waren eingestellt, der Eisenbahn- und Postbetrieb kam zum gänzlichen Erliegen, desgleichen der Straßenbahnverkehr. Auch jeder andere Fahrverkehr war während dieser Zeit völlig unterbunden. Alle Theater, Restaurants, Kaffees und Hotels hielten ihre Betriebe geschlossen. Tatsächlich war 24 Stunden lang das gesamte öffentliche und wirtschaftliche Leben Irlands zum Stillstand gekommen. Die Führer dieses Demonstrations-Generalstreiks haben nun eine Zusammenkunft mit den leitenden Politikern und militärischen Chefs der beiden streitenden Gruppen gehabt und ihnen angedroht, falls sie sich nicht verständigen würden, solle der Generalstreik mit aller Energie und mit unverminderter Kraft solange weitergeführt werden, bis beide Teile zur Vernunft kämen.

Rein Prozeß gegen die Mörder Mirbachs

(D. E.) Berlin, den 27. April 1922.

Die der „Dz-Expreß“ erfährt, hat die Berliner sowjetrussische Vertretung auf Anfrage ein Telegramm der Staatlichen Politischen Verwaltung (der ehemaligen Tscheka) aus Moskau erhalten, worin erklärt wird, daß die Meldung über die Strafverfolgung

der linken Sozialrevolutionäre Ramkow, Trutowski und Majorow wegen Ermordung des Grafen Mirbach nicht den Tatsachen entspreche. Die drei genannten verdächtig auf Grund eines Urteils vom 27. 11. 18 eine Strafe für einen Raub der linken Sozialrevolutionäre. Sie sind zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, haben die Strafe erst unlängst angetreten und sind nicht amnestiert worden. Ein weiteres Gerichtsverfahren gegen sie wird nicht angestrengt werden.

Russischer Volkskommissar ermordet

(Jutel) Moskau, 27. April.

Der stellvertretende Kommissar für Aufklärung, Pitens, hatte krankheitshalber einen einhalbmönatlichen Urlaub erhalten, den er auf der Arim verbrachte. Auf einem Spaziergange in der Nähe von Jalta wurde er von Banditen ermordet.

Anschlag auf einen D-Zug

Düsseldorf, 27. April.

Gestern abend gegen 1/11 Uhr ist auf den D-Zug Düsseldorf-Duisburg, hinter dem Duisburger Wald, kurz vor der Einfahrt in Duisburg, ein Anschlag verübt worden. Bahnwärter hatten das Signal auf Halt gestellt, um den D-Zug zum Stehen zu bringen. Durch die Aufmerksamkeit eines Blockwärters wurde der Anschlag vereitelt. Verbeigeilte Postbeamte wurde von den Bahnwärtern in ein Feuergefecht verwickelt, nach dem ein Mann schwer verwundet am Tatort vorgefunden und festgenommen wurde.

Die Einheitsfront in Sachsen

Wir haben bereits die Stellung der drei Arbeiterparteien zur politischen Situation mitgeteilt. Sie ist nicht nur in hohem Maße erfreulich, weil damit die Bahn zu geschlossenem und einheitlichem Vorgehen der sächsischen Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie freigelegt wird, sondern sie reicht in ihrer Bedeutung weit über die Grenzen Sachsens hinaus und ist bisher der wichtigste positive Schritt auf dem Wege zur proletarischen Einheitsfront. Was noch Anfang dieses Monats auf der Berliner Konferenz als dringender Wunsch ausgesprochen und am 20. April in Berlin und in den meisten Landesstellen ein härmliches Verlangen der Massen war, hat in Sachsen seinen ersten praktischen Niederschlag gefunden und ist Ereignis geworden: tätiger Zusammenschluß der drei proletarischen Parteien zu Abwehr und Angriff. Ein neuer Wall der Hoffnung für das gesamte deutsche Proletariat ist damit aufgerichtet, und gleich über die Hand, die diesen Wall wieder niederreißen möchte.

Diese Verständigung in Sachsen ist nicht überausend, weil nirgends in Deutschland so günstige Vorbedingungen für die gemeinsame Aktion des Proletariats gegeben sind wie gerade in Sachsen, weil nirgends die Verhältnisse das gemeinsame Handeln so gebieterisch forderten und weil nirgends wie in Sachsen die proletarische Einheitsfront so zur Frage des Tages geworden ist und das tote Jern und Reichen des Bürgertums eine weitere Verschiebung einfach nicht mehr ertrug. Diese Notwendigkeit ist jetzt von allen drei Parteien erkannt. Alle drei Parteien haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden.

So laut die Verhältnisse selbst nach solcher Verständigung schrien, so viel war doch geschehen, um diese Verständigung zu durchkreuzen. Nicht nur hatte die Berliner „Note Sabine“ in mehreren Artikeln in den Ruf der bürgerlichen Parteien Sachsens nach unverzüglicher Auflösung des Landtages eingestimmt, sondern sie hatte auch unsere Partei der Verleumdung gegeben, weil sie „dem Kampfe auswich“. Und von dem rechtssozialistischen Parlamentarismus wieder ist ein Artikel verbreitet worden, der den Rechtssozialistischen Sachsens riet, von den übrigen beiden proletarischen Parteien offen abzurücken und selbständig in den Wahlkampf zu ziehen. Wörtlich hieß es in diesem Artikel:

„Für die Sozialdemokratische Partei wäre es jedenfalls sehr schwer, mit der Parole: „Für die sozialistische Regierungsoption“ in den Wahlkampf zu ziehen. Sie müßte ihn selbständig durchführen, eine eigene Politik treiben und die Frage nach der Parteienabstimmung von dem Ausfall der Wahlen abhängig machen.“

Der Sinn dieser Sätze ist klar: sie muntern die rechtssozialistischen Parteigenossen in Sachsen zur Flucht aus der sozialistischen Front und zur Rahmenstreckung vor der Bourgeoisie im gleichen Augenblick auf, als dieselbe Bourgeoisie gegen das Proletariat zum Sturm bläst. Nun, die sächsischen Rechtssozialisten haben solche Injunctiven zurückgewiesen. Sie haben die Berliner Parole ebenso wie die Kommunisten dem Papierkorb überliefert und sind den Weg gegangen, den die U.S.P. von Anfang an gewiesen hatte und der von den Verhältnissen selbst als der einzige mögliche vorgezeichnet gewesen ist.

Ein weites Arbeitsfeld liegt vor den drei proletarischen Parteien ausgebreitet. Vor allem gilt es die Schaffung einer Gemeindeform, zu der wichtige Vorarbeit bereits getan ist. Wenn in der Rahmen durch die Reichsversammlung eng abgeheftet, aber viele den Einzelstaaten überwiegende Angelegenheiten sind doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Als die wichtigste und dringlichste Aufgabe aber erscheint uns die Verhandlung, daß Sachsen ein Glied in jener reaktionären Staatenkette von Bayern bis Preußen wird und sein dauernder Erhalt als der ebernte und feste Pfeiler der Republik.

Zu Professor Nicolais Verhaftung

Unser Kolli vom Dienstag abend veranlaßte das auswärtige Amt, uns folgende Mitteilungen zugehen zu lassen, denen wir Raum geben. Die Verantwortung für die Nichtigkeit müssen wir dem Auswärtigen Amt selber überlassen.

Nicola soll nicht verhaftet worden sein, weil er von irgend jemand denunziert wurde, sondern weil ihm ein Denunziations-Zeugnis fehlte, das die argentinische Behörde von jedem Einwanderer verlangt. Die deutsche Gesandtschaft soll sich sofort für Nicola eingeseht haben, so daß er alsbald die Landungs-Erlaubnis erhielt.

Der deutsche Gesandte Pauli (aus Bremen) soll aufrichtiger Demokrat sein. Es soll nicht richtig sein, daß er an den nationalsozialistischen Veranlassungen der deutschen Kolonie zu Buenos Aires teilnehme; er bleibe ihnen fern, da und seitdem die „Kolonie“ sich wolgere, die schwarz-rot goldene Fahne der Republik mindestens als gleichberechtigt neben dem Schwarz-weiß-rot der „guten alten Zeit“ anzuerkennen!

Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ (Colin Koh) wurde seinerzeit nicht in Argentinien verhaftet, sondern in Chile, und zwar in der Tat auf deutsch-nationale Denunziation. Auch in diesem Falle aber soll der deutsche Geschäftsträger (Gumprecht) sofort gegen jene Verhaftung protestiert und durchgesetzt haben, daß Colin Koh entlassen wurde...

Wer ist nationaler?

Die Nationalliberale Korrespondenz nimmt zu der Politik der deutschen Regierung in Genua Stellung, die sie nach einigen Einwürfen im großen ganzen billigt, unter der Begründung, daß der Vertrag mit Russland endlich „den Mut zur Tat“ darstelle. In Wahrheit sei das die Politik, die Stresemann in seiner Reichstagsrede vertreten habe. Die Haltung der Deutsch-nationalen, die einseitig parteipolitisch genannt wird, kommt dabei ziemlich schlecht weg.

Das ruft natürlich die „Deutsche Tageszeitung“ auf den Plan, die sich über die mangelhafte Abwehr feindsüchtiger Beschimpfungen entsetzt. Das Blatt bekommt ein leises Grauen, das auch in den „nationalen Kreisen“ ein häßliches Gesicht ausleuchten könnte, und es appelliert an die Massen der Deutschen Volkspartei, doch ja in den Fragen der „nationalen Ehre“ ebenso beherzt zu bleiben wie bisher.

Es wird interessant sein, wie sich die Blätter der Deutschen Volkspartei zu dieser schlechten Zensur ihrer Bundesgenossen äußern werden.

Reichsregierung und Getreideumlage

Das Reichernährungsministerium wendet sich gegen die wüste Agitation der Agrarier gegen das Umlageverfahren. Sie bestreitet, daß ein Versprechen abgegeben worden sei, in diesem Jahre solle die völlig freie Getreidewirtschaft Platz greifen. Es wird betont, der Ernährungsminister hätte im Januar 1922 die Reichstagsrede erklärt, er würde es für unverantwortlich halten, jetzt etwa die freie Wirtschaft auf dem Getreidegebiet vorzuschlagen, und er halte es auch für unverantwortlich, wenn in einzelnen landwirtschaftlichen Kreisen diese Forderung erhoben werde. Wenn dem allen gegenüber immer wieder behauptet würde, daß ein unbedingtes Versprechen der Reichsregierung, unter allen Umständen die freie Wirtschaft im Jahre 1922 einzuführen, gegeben sei, so ist das eine völlige Irreführung der öffentlichen Meinung. Unabhängig von derartigen Behauptungen würden die noch der Verfassung beruhenden Faktoren, die Reichsregierung, der Reichsrat und der Reichstag in nächster Zeit zu entscheiden haben, wie die Brotversorgung des kommenden Wirtschaftsjahres unter Berücksichtigung der gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse in einer für die Bevölkerung erträglichen Weise sichergestellt werden könnte. Ein Ausgleich der verschiedenen Interessen würde nur gefunden werden können, wenn bei allen beteiligten Kreisen der Wille zur Verständigung betätigt würde.

Nach den bestimmten Erklärungen der Agrarier ist wenig Aussicht auf eine Verständigung vorhanden. Es sei denn, man beschränkt alle agrarischen Wünsche. Die Reichsregierung wird schon andere Seiten aufsuchen müssen, wenn sie die Interessen der Verbraucher wahren will.

Milliardengewinne der Zuckerindustrie

Nach der Berechnung der öffentlichen Bemittlung des Zuckers kam auf Verreiben der Zuckerindustriellen eine private Zwangsverwaltung zustande, die nur darauf bedacht war, von Monat zu Monat die Preise zu heigern, um den Fabrikanten hohe Gewinne zuzuführen. Vom thüringischen Finanzminister wird in einem Artikel in dieses Treiben hineingezeichnet, in dem es u. a. heißt:

Der Fabrikant best heute bei 1300 M. für einen Sack zu 100 Kilo 600 M. unerschütterlichen Gewinn ein, oder bei jeder Ladung zu 150 Sack 90000 M. Es muß aber noch trübere Maße geben. Die Bonbonfabrikanten haben ihre Abgabepreise ebenfalls neu festgesetzt, und zwar auf 4360 bis 5550 M. für 100 Kilo. Bei diesen Preisen können sie für Zucker aus und fern 2500 M. für 100 Kilo bezahlen. Der Mindestbedarf des deutschen Volkes an Verbrauchszucker beträgt im Jahre 7 Millionen Doppelzentner. „Verdient“ nun der Fabrikant an jedem Doppelzentner nur 500 M. anviel, so sind es 35 Milliarden Mark, die den Verbrauchern zu viel abgenommen werden.“

Daher hat man auch nach der Berechnung der Zwangsverwaltung geschrien, um diese Milliardengewinne einzusparen. Und die Reichsregierung steht dieser Auswucherung der Zuckerindustrie ruhig zu, obwohl wir ein Wirtschaftsministerium haben, dessen Apparat wohl dem Volke Millionen M. kostet, ihm aber nicht den geringsten Nutzen einbringt. Wie lange wird die arbeitende Bevölkerung diese fürchterliche Ausraubung ertragen? Ob die Herren von der Regierung schon einmal diese Frage erwogen haben?

Zum Hungerstreik der gefangenen russischen Sozialrevolutionäre

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an Lenin folgendes Telegramm geschickt:

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat soeben Kenntnis erhalten, daß verhaftete Sozialrevolutionäre angeklagt des ihnen drohenden Todesurteils und seiner Vollstreckung in Hungerstreik eingetreten, um durch solches verzweifeltes Mittel ein Gericht des werktätigen Russlands oder des sozialistischen Auslandes zu erlangen.

Bundevorstand erneuert seine früheren Vorstellungen auf das dringlichste und beschwört die Sowjetregierung, die Verhafteten vor neutrales Gericht zu stellen und eine Justizschmach zu vermeiden, die den Namen der Arbeiterklasse der ganzen Welt besudeln müßte.

Diese Forderung des A.D.G.B. entspricht der schon seit langem von der U.S.P. erhobenen. Die Kommunisten erachten es mit Recht als selbstverständlich, daß die sozialistischen Parteien sich energisch gegen die Kommunistenverfolgungen in allen Ländern wenden und alle Kräfte aufbieten, die wegen politischer Vergehen verfolgten, verhafteten Kommunisten außer Verfolgung zu setzen und die Verurteilten frei zu lassen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Presse, in Versammlungen, sowie in ihren parlamentarischen Vertretungen stets mit allem Nachdruck die Freilassung und Ansehungsverfolgung aller revolutionären Kämpfer gefordert. Aber ebenso entschieden müssen wir verlangen, daß auch die wegen ihrer revolutionären Kämpfe von der kommunistischen Regierung in Russland festgehalten freigelassen werden. Und die kommunistische russische Regierung hat die Pflicht, dieselbe Behandlung, die sie für die verfolgten und verurteilten Anhänger ihrer Parteifektionen in allen Ländern verlangt, auch gegenüber den revolutionären Kämpfern nichtkommunistischen Konfessors zu üben. Sie hat im vorliegenden Falle um so mehr die Pflicht dazu, als es sich zum großen Teil um Revolutionäre handelt, die vor Jahren bereits festgenommen wurden und nichts anderes begangen haben als das, wofür eine große Anzahl kommunistischer Verfolger und Verurteilter amnestiert wurde.

Um die Erhöhung der städtischen Werkstarife

Unsere Fraktion lehnt die unerträglichen Belastungen ab

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab der Vorsitzende Dr. Colpardi im Namen des ganzen Hauses folgende Erklärung ab:

„Sämtliche Fraktionen bedauern auf das Lebhafteste die Ausschreitungen, die in der vorigen Sitzung vorgekommen sind. Sie verpflichten sich, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß ähnliche Vorfälle sich nicht wiederholen.“

Genosse Dr. Koelich erklärte:

„Nachdem der Oberbürgermeister auf das Bestimmteste erklärt hat, daß die von mir gehörte Äußerung „verantwortliche Gesellen“ nicht von ihm getan worden sei, stehe ich nicht an, die von mir gegen ihn gerichtete Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.“

Ein hässlicher Verleumder.

Stadtverordneter Wachsen (Wirtsch. Pa.), der über Genossen Zubeil verleumderische Äußerungen fallen ließ, führte uns, daß er die Äußerungen nur im engen Kreise seiner Freunde getan habe. Er sei der Ansicht, daß zur Raiffeiler jemand anders hätte reden müssen als Genosse Zubeil, denn dieser habe ein Restaurant und sei deswegen an der Raiffeiler interessiert. (Zurufe links.) Die anderen Worte seien ihm in den Mund gelegt worden.

Genosse Dittmann: Der Herr Vorsitzende hat zu Beginn der Sitzung im Namen aller Fraktionen eine Erklärung abgegeben, daß die Fraktionsvorsitze darauf hinwirken würden, daß solche Zwischenfälle wie in der letzten Sitzung, sich nicht wiederholen. Ich bedauere auf das Lebhafteste, daß von der rechten Seite des Hauses derartige Dinge in die Versammlung hineingetragen werden. Herr Zubeil steht in der Achtung des Berliner Proletariats viel zu hoch, als daß ihn ein solcher Angriff von der Rechten des Hauses in irgendwelcher Form tangieren könnte.

Genosse Zubeil: Da Herr Wachsen von dieser Stelle aus Unwahrheiten gesagt hat, bleibe er für mich der elende Verleumder.

Diese Ausführungen trugen Genossen Zubeil einen Ordnungsruf ein.

Alsdann erfolgte die Beratung der Vorlage des Magistrats über die

Erhöhung der Werkstarife

Die bekanntlich mit der Zustimmung zum Schiedsspruch der städtischen Arbeiter verknüpft ist.

Den Ausschussbericht gab der Stadtverordnete Paitlosh, der der Versammlung folgende Vorschläge unterbreitete:

„A. Die Versammlung stimmt der Vorlage mit folgenden Änderungen zu:

1. Die Geltungsdauer des 1. Mantelvertrages und der Vereinbarung über das Mitbestimmungsrecht ist auf den 31. 8. 1923 zu begrenzen.
2. Der Grundlohn für die städtischen Handwerker über 24 Jahre wird für April auf 15,50 Mark und für Mai auf 16 Mark erhöht.
3. Die in der Vorlage vorgeschlagenen Tarifänderungen für die städtische Straßenbahn werden zurzeit abgelehnt.

B. Die Versammlung ersucht den Magistrat, die künftigen Verhandlungen über die städtischen Tarife, den Manteltarif und das Mitbestimmungsrecht unter paritätischer Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung zu führen.

C. Die Versammlung erwartet auf ihre wiederholten Anträge baldigt vom Magistrat Vorschläge für die so dringliche durchgreifende Hebung der Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe und die Beschaffung der erforderlichen Erneuerungsmittel für dieselben.

Der Berichterstatter betonte, daß die Erhöhung der Straßenbahnstarife vom Ausschuss einstimmig abgelehnt worden sei. Der Ausschuss habe sich dahin entschieden, zu empfehlen, die Elektrizitätspreise auf 7,30 Mark, den Wasserpreis auf 3,50 Mark zu erhöhen. Für den Gaspreis soll künftig eine sogenannte Kohlenklausel auf der

Grundlage von 3,30 Mark für den Kubikmeter Gas bei 900 Mark Kohlenpreis in Wirkung treten.

In der anschließenden Diskussion stimmte der Vertreter der SPD., Dr. Vohmann, den Vorschlägen des Ausschusses zu.

Unsere Fraktion lehnt die Deckungsvorlage ab.

Genosse Reuter gab hierauf den Standpunkt unserer Fraktion wie folgt wieder:

„Meine Freunde lehnen die Deckungsvorlage des Magistrats ab, stimmen jedoch dem Schiedsspruch für die städtischen Arbeiter zu. So wenig wie der Magistrat die Vorlage aus Böswilligkeit eingereicht hat, so wenig ist unsere Stellungnahme aus Unverantwortlichkeit zu erklären. Bei unserer Stellungnahme leiten uns lediglich sachliche Erwägungen und wir befinden uns dabei in durchaus guter Gesellschaft. Denn auch die Sozialdemokraten haben anerkannt, daß es eine Grenze gibt bei der Belastung der Bevölkerung durch Erhöhung der Werkstarife.“

Redner begründet in längeren Darlegungen seinen rein sachlichen Standpunkt, der die Fraktion zu dieser Stellungnahme nötigt und die wir noch nachtragen werden.

Bis Redaktionschluss liegt uns das Abstimmungsresultat nicht vor, und über das wir im Abendblatt erst berichten können.

Schulkind und 1. Mai

Ein Fest von der Bedeutung des 1. Mai kann die Arbeiterschaft nicht begehen, ohne der Kinder des Proletariats zu gedenken, deren Zukunftssehnen an diesem Tage nach würdigem Ausdruck ringt.

Wo die Anerkennung des Weltfeiertags durch Gesetz gesichert ist, da wird den Kindern des Proletariats in den Festzügen ihr Platz und somit die ihnen gebührende Beachtung und Bedeutung zugewiesen. Nicht zuletzt den Schulkindern, die ja auch noch immer des Tages harren, da die neue Zeit einlöst, was wir ihnen noch immer schuldig geblieben sind.

Wie ist's damit in Groß-Berlin? Bis an die Schwelle der Revolution hat man unseren Schulkindern den Zwang auferlegt, an „Kaisers Geburtstag“, zur „Sebanfeier“ und bei anderen Anlässen dieses Kalibers die mehr oder minder höhenzollernbegeisterten Feiern über sich ergehen zu lassen.

300 Prozent Mietszuschlag Wohnungswucher - Mietssteuer und Reichsmietengesetz

lautet das Thema, über das Reichstagsabgeordneter Bernhard Ruhn in

Öffentlicher Versammlung

heute abend 7 Uhr in
Schönebg.-Friedenan, Chamissostraße, Barbarossaplatz
spricht.

Freie Aussprache.
Zur Deckung der Unkosten 1 Mk. Eintritt.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg
u. Sp.

Dieser Spuk hat nun ein Ende, aber wie sieht ihr, ihr Arbeiterkern, zu der Frage, was mit unseren Schulkindern am 1. Mai anzufangen ist?

Uns dünkt, an diesem Tage gehören sie nicht in die Schule!

Ihr Väter und Mütter des arbeitenden Volkes, sagt es einer dem andern: Die Feier des 1. Mai ist Stückwerk, wenn unseren Kindern die Gelegenheit genommen wird, diesen Tag als Feiertag in ihr Bewußtsein aufzunehmen!

Neue fiskalische Waldverwüstungen

Aus dem Norden Berlins wird uns geschrieben: In den Tegel-Schulzendorfer Forsten einschließlich des „Dauerwaldes“ stehen riesige Kahlschneide bevor. Wie verlautet, soll es sich um 20 Millionen Mark Holzverkauf an ein Konfortium handeln, das obendrein die Anfuhr nach Holland beabsichtigt! Die benachbarten Forste und Berlin leiden schwer an Holzangel, der durch leichte Durchforstung der Waldung sofort zu beheben wäre. Millionen werden heute für Spielplätze und Erholungsflächen ausgegeben. Die vorhandenen natürlichen Wälder werden dagegen sinnlos vernichtet. Sie würden noch für 50 bis 100 Jahre ihren Zweck bestens erfüllen. Das ganze steht in schneidendem Widerspruch zu der Wohlhabenspflege und sozialen Fürsorge, von der jetzt so viel die Rede ist. Weiß man in Groß-Berlin nichts von diesem Unheil, oder will man die eigenen leeren Kassen damit füllen? Dem Berliner Norden droht ein schimpfliches Los, wenn nicht in letzter Stunde Hilfe kommt!

Erwerbslosen-Fürsorge im März 1922

Ausgangs März 1922 wurden in Berlin Verwaltungsbezirk 1-20 insgesamt rund 42100 Erwerbslose (davon 33500 männl. und 8600 weibl.) unterstellt. Der Abgang an Erwerbslosen betrug im Laufe des Monats März rund 28800 (davon 23400 männl. und 5400 weibl.). Der Zugang rund 18000 (davon 15600 männl. und 2400 weibl.). Es schieden aus: infolge Arbeitsaufnahme 20300, infolge Arbeitsverweigerung 138, infolge Fernbleibens von den Geschäftsstellen 2700, infolge Ablebens 37, infolge Verheiratung 18, infolge Abwanderung 74, infolge sonstiger Gründe 5248. Von den 42100 Erwerbslosen waren rund 17000 organisiert.

Es befanden sich im Alter:
Männlich: zwischen 16 und 18 Jahren 847, zwischen 18 und 21 Jahren 8543, über 21 Jahren 29123 (davon verheiratet 24688).

Weiblich: zwischen 16 und 18 Jahren 234, zwischen 18 und 21 Jahren 533, über 21 Jahren 7830 (davon verheiratet, 3647 verwitwet).

Die Zahl der Zuschlagsberechtigten betrug rund 42000. Seit April 1921 und länger waren ausgangs März 1922 noch 6796 männliche und 1898 weibliche Personen erwerbslos.

Zur Beachtung! Wir machen erneut unsere Genossen darauf aufmerksam, daß Notizen zur Einberufung von Fraktionsversammlungen nicht an uns zu richten sind, sondern an den Genossen Bötz, Bezirksverband. Wir sind nicht in der Lage, solche an uns mit der Bitte zur Veröffentlichung überhandte Mitteilungen anzunehmen, und zwar deshalb nicht, um jeglichem Mißbrauch vorzubeugen. Wir erfinden deshalb unsere Genossen, diesen Hinweis zu beachten und danach zu verfahren.

Boxende Polizei

Eine Korrespondenz verbreitet folgende Meldung, die wir im Wortlaut wiedergeben wollen: „Der Sportverein der Schutzpolizei veranstaltete am Dienstag, den 2. Mai, um 8 Uhr abends in den Germania-Sälen, Chausseestraße 119, einen vielversprechenden Boxkampfabend, an dem namhafte Berliner Polizeiboxer sich beteiligen werden. Gelpant darf man auf den Kampf zwischen John und Verk um die Meisterschaft im Federgewicht sein. Beide standen sich bereits im Januar im Sportpalast in einem außerordentlich harten Kampfe, der jedoch unentschieden blieb, gegenüber. Außer dem Kampf im Mittelgewicht Thiede gegen Galkowski, im Leichtgewicht Lehrke gegen Madke,

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Wichtig autorisierte Übersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Wolff & Co., Berlin

(88. Fortsetzung.)

Das selbe Gefühl regt sich in der Seele, wenn man lange Zeit, von einem moosbewachsenen Erdhügel zum andern springend, durch einen moorigen Wald gewandert ist und unvermutet eine trockene Pflanzung in hellem Sonnenschein und bunter Blütenpracht dahinter sieht. Einen Augenblick schaut man wie bezaubert, um dann beglückt den herrlichen Erdenfleck kreuz und quer zu durchmessen und in der stillen Freude zu schwelgen, die jede Berührung des Fußes mit dem weichen Grassteppich hervorruft.

Puschkin nahm mich durch die Schlichtheit und den Wohlklang seiner Verse so ganz gefangen, daß alle Prosa mir lange Zeit als etwas Unnatürliches erschien und mich förmlich abschiebte. Der Prolog zum „Ruslan“ erinnerte mich an die schönsten Märchen der Großmutter, die mir hier zu einem einzigen wunderbaren Märchen vereinigt schienen. Manche Zeilen überraschten mich durch ihre scharfgeprägte, trefflichere Wahrheit:

— die Spuren nie gesehener Tiere
Auf unbekanntem Pfaden dort...

Ich wiederholte in Gedanken die köstlichen Zeilen und sah im Geiste diese kaum sichtbaren, mir sehr wohlbekannten Waldwege, sah die geheimnisvollen Spuren im Gras, das die quecksilberfarbenen Tropfen des Morgentaus noch nicht abgeschüttelt hatte. Die volltönenden Verszeilen haften so wunderbar leicht im Gedächtnis, verließen allem, wovon sie sprachen, einen so feierlichen Glanz, spendeten mir eine köstliche innere Wärme und gaben meinem Dasein etwas Wohlgefühls, Leichtes. Sie klangen wie das Einsäulen eines neuen Lebens — wach ein Glück war es doch, das diese Kunst des Lesens dem Herzen gab!

Puschkins prächtige Märchen gingen mir ganz besonders leicht ein; las ich sie ein paarmal durch, so

kannte ich sie auch schon auswendig. War ich zu Bett gegangen, so sagte ich leise, mit geschlossenen Augen, so lange Verse her, bis ich einschlief. Nicht selten erzählte ich die Märchen den Offiziersburschen, sie hörten zu und lachten laut oder schalten gutmütig, und Sfidorow sagte leise, während er meinen Kopf streichelte:

„Das gefällt dir, was? Ach, mein Gott...“

Die gehobene Stimmung, in der ich mich befand, entging meinen Leuten nicht, und die Alte brummte: „Nun hat sich der Galgenstrich wieder mal festgelesen, und der Stamowar ist schon seit drei Tagen nicht gepugt! Wenn ich die Teigrolle nehme...“

Was war mir die Teigrolle? Ich machte mich stark gegen Drohung, indem ich im stillen Puschkins Verse zitierte:

Der alten Hege schwarzes Herz,
Dem Bösen zugetan...

Die schöne Dame war in meiner Hochachtung noch ganz beträchtlich gestiegen — solche Bücher also las sie! Das war kein Porzellanpüppchen wie die Frau des Zuschneiders...

Als ich ihr das Buch zurückbrachte und mit stillem Bedauern übergab, sagte sie in überzeugtem Tone: „Na, das hat dir doch gefallen! Hast du schon etwas von Puschkin gehört?“

Ich hatte bereits in einem Journale etwas über den Dichter gelesen, doch wollte ich, daß sie selbst mir von ihm erzählten sollte, und so erklärte ich, ich hätte noch nichts von ihm gehört. Sie sagte mir kurz einiges über Puschkins Leben und Tod und fügte mit einem Lächeln, so entzückend wie der Frühlingstag, hinzu: „Du siehst, wie gefährlich es ist, die Frauen zu lieben!“

Aus all den Büchern, die ich gelesen hatte, wußte ich, daß es in der Tat gefährlich sei, daß es aber doch auch seine angenehmen Seiten habe.

„Kann sein, daß es gefährlich ist,“ erwiderte ich, „aber doch lieben alle die Frauen! Den Frauen bringt es aber auch viele Qual...“

Sie schaute mich durch die Wimpern an, wie sie alles anzuschauen pflegte, und sagte ernst:

„Ach, sieh doch! Du verstehst es also? Dann wünsche ich nur, daß du es nie vergessen möchtest.“

Sie begann mich auszufragen, welche Verse mir am besten gefallen hätten. Ich antwortete irgend etwas und sagte dann, mit den Armen suchtelnd, einige Gedichte auswendig her. Sie hörte schweigend zu, erhob sich darauf, schritt durchs Zimmer und sprach nachdenklich:

„Du solltest in eine gute Schule gehen, mein liebes Wandertier. Ich will darüber nachdenken... Die Leute, bei denen du hier wohnst, sind deine Verwandten?“

Ich bejahte die Frage, und sie sagte nichts weiter als „Ach!“ — mit einer Betonung, in der etwas wie Mißbilligung lag.

Sie gab mir Berangers Lieder, in einer sehr schön illustrierten Ausgabe, roter Ledereinband mit Goldschnitt. Diese Lieder brachten mich durch ihre selbstsame Mischung herben Schmerzes und ungestümer Fröhlichkeit vollends um meinen Verstand. Ein kalter Schauer erfüllte meine Brust, als ich die bitteren Worte des alten Bettlers las:

Heimatlos Gewirrt — ach, wie zuwider!
Wirklich? Ei, so tretet mich doch nieder,
Wie's dem Wurm geziemt — togleich, zur Stund!
Hattet meine Kraft ihr recht entfallen,
Wär' als Ameis' nun der Wurm gestaltet,
Hätte mitgewirrt in eurem Bund!
Wär' in treuer Brüder Arm gestorben,
Nicht als Bettler schüdd' am Weg verdorben,
Zinstren' Hund als Scheidegruß im Mund...

Und gleich darauf lachte ich, daß mir die Tränen in die Augen traten, als ich den „Weinenden Gatten“ las. Ganz besonders aber gefielen mir Berangers Worte:

„Gestern Lebens' frohe Lehre
Fällt nicht schwer dem schlichten Sinn...“
Beranger weckte in mir den fröhlichen Sinn, die Lust an losen Streichen und das Bestreben, allen Leuten Rechteiten zu sagen, worin ich sehr bald eine große Fertigkeit erlangte.

(Fortsetzung folgt.)

